

Kanzler wiedergewählt – Kabinett steht

Handschrift der CDU ist klar und deutlich zu erkennen

Bundeskanzler Helmut Kohl ist am Mittwoch, 11. März 1987, im Deutschen Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP mit klarer Mehrheit für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt worden. Helmut Kohl erhielt von 486 abgegebenen Stimmen 253 Ja-Stimmen, 224 Abgeordnete stimmten mit Nein, sechs enthielten sich, und drei Stimmen waren ungültig.

Nach der Wahl gab der Kanzler sein neues Kabinett bekannt (siehe Kabinettsliste auf Seite 3 dieser Ausgabe). Zu den Koalitionsvereinbarungen (siehe grüner Teil dieser Ausgabe) und zur Kabinettsneubildung erklärte der Kanzler im Deutschen Fernsehen: „Wer die Sachthemen genau betrachtet, wird feststellen, daß die Handschrift der CDU oder die Handschrift der CSU sehr deutlich und klar zu finden ist. Es ist eine Regierung, die eine Politik der Mitte macht. Vor vier Jahren, als wir ein besseres Wahlergebnis hatten, mußte die FDP von ihren vier Ministerien eines abgeben, jetzt hat sie eins dazubekommen.“ Zur künftigen Regierungsarbeit sagte der Kanzler: „Wir werden auch weiterhin keine unsoliden Politik machen, keine Schuldenpolitik; unser Signum ist die Solidität. Wir haben ein prima Team, wir haben ein gutes Programm. Wir gehen jetzt an die Arbeit.“

Für unsere Leser

Der UiD enthält in dieser Ausgabe die vollständigen Texte der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU, CSU und FDP mit einem Vorwort von Generalsekretär Heiner Geißler. Siehe Dokumentation, grüner Teil.

HEUTE AKTUELL

● Steuerreform

Erläuterungen
von Bundesfinanzminister
Gerhard Stoltenberg.
Seite 5

● Soziales

Rentner und Kriegsopfer
können sich freuen: es gibt eine
höhere Rente als erwartet.
Seite 11

● Hamburg

Die Freie und Hansestadt
braucht einen neuen Senat.
Die SPD ist verbraucht.
Seite 19

● CDU Hessen

Wahlkampfstart voll gelungen.
Seite 21

● RCDS

Für eine grundwertebezogene
Politik
Seite 23

Alfred Dregger:

Die Fraktion wird den Kanzler nach Kräften unterstützen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Helmut Kohl zu seiner Wiederwahl als Bundeskanzler. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages hat mit dieser Wahl deutlich gemacht, daß sie in den kommenden vier Jahren die mit dem Namen Helmut Kohl verbundene Politik fortsetzen will: Eine Politik des Augenmaßes und der Vernunft, der geistigen und moralischen Erneuerung, der Stabilisierung unseres Landes nach innen und nach außen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird den Bundeskanzler nach Kräften unterstützen. Wir stehen am Beginn einer der schwierigsten Legislaturperioden seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland: Steuerreform, Rentenreform, Reformen im Gesundheitswesen, Reformen im Agrarbereich, dazu neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Es wird nicht immer einfach sein, sachgerechte und ausgewogene Lösungen zu finden, und sie gegen eine Opposition durchzusetzen, deren Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit nicht erkennbar ist. Die vor uns liegenden Aufgaben werden nur mit Standfestigkeit, Mut, Disziplin und Solidarität zu bewältigen sein. Die neue CDU/CSU-Fraktion wird diese Tugenden im gleichen Maße entwickeln wie ihre Vorgängerin in der 10. Legislaturperiode, die alle schwierigen Entscheidungen einstimmig getroffen hat.

Neben den Aufgaben im materiellen Bereich haben wir Aufgaben jenseits von Angebot und Nachfrage, die immer stärker in den Vordergrund treten: Schutz des Lebens, insbesondere des ungebore-

nen Lebens; Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation; Schutz der natürlichen Umwelt gegen Gefährdung und Verwüstung; Schutz des inneren und äußeren Friedens. Wir werden viel Überzeugungskraft benötigen, um unsere Vorstellungen in diesen Feldern nicht selten gegen den Zeitgeist und gegen Gleichgültigkeit durchzusetzen. Aber eben das ist unsere Aufgabe. Die Union ist mehr als nur ein Wirtschafts- und Sozialverein. Wir vertreten nicht einzelne Gruppen oder Interessengemeinschaften, wir vertreten das deutsche Volk.

Helmut Kohl zur Zusammensetzung des neuen Kabinetts

Wichtig ist, daß die Zahl der Frauen, die der Regierung angehören — entweder auf der Ebene der Minister oder auf der Ebene der parlamentarischen Staatssekretäre — wesentlich zugenommen hat. Es ist die größte Zahl von Frauen, die bisher je in einer Regierung waren, zwei Bundesminister und vier parlamentarische Staatssekretäre.

Breit begrüßt Sicherung der Montanmitbestimmung

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, hat die Sicherung der Montanmitbestimmung begrüßt. Damit sei in den Koalitionsvereinbarungen eine zentrale Forderung der Gewerkschaften erfüllt worden, sagte Breit in Bonn. Breit erneuerte allerdings die Gesamtkritik des DGB an der politischen Weichenstellung der Vereinbarungen zwischen FDP, CSU und CDU. Der Erhalt der Montanmitbestimmung sei eine respektable Leistung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Die neue Bundesregierung

Der Bundesregierung der elften Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gehören an:

Bundeskanzler: Helmut Kohl (CDU)

Bundeskanzleramt: Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU);

Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU);

Parlamentarische Staatssekretärin Lieselotte Berger (CDU)

Auswärtiges Amt:

Hans-Dietrich Genscher (FDP);

Staatsminister Helmut Schäfer (FDP)

und Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP)

Bundesminister des Innern:

Friedrich Zimmermann (CSU);

Parlamentarische Staatssekretäre

Carl-Dieter Spranger (CSU) und Horst

Waffenschmidt (CDU)

Bundesminister der Justiz:

Hans Engelhard (FDP);

Parlamentarischer Staatssekretär

Friedrich-Adolf Jahn (CDU)

Bundesminister der Finanzen:

Gerhard Stoltenberg (CDU);

Parlamentarische Staatssekretäre

Hansjörg Häfele (CDU) und Friedrich

Voss (CSU)

Bundesminister für Wirtschaft:

Martin Bangemann (FDP);

Parlamentarische Staatssekretäre

Ludolf-Georg von Wartenberg (CDU)

und Erich Riedl (CSU)

Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ignaz Kiechle (CSU);

Parlamentarische Staatssekretäre

Georg Gallus (FDP) und Wolfgang von

Geldern (CDU)

Bundesminister für innerdeutsche

Beziehungen: Dorothee Wilms (CDU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Ottfried Hennig (CDU)

Bundesminister für Arbeit und

Sozialordnung: Norbert Blüm (CDU);

Parlamentarische Staatssekretäre

Wolfgang Vogt (CDU)

und Stefan Höpfinger (CSU)

Bundesminister der Verteidigung:

Manfred Wörner (CDU);

Parlamentarische Staatssekretäre

Peter-Kurt Würzbach (CDU)

und Agnes Hürland (CDU)

Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit:

Rita Süßmuth (CDU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Anton Pfeifer (CDU)

Bundesminister für Verkehr:

Jürgen Warnke (CSU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Dieter Schulte (CDU)

Bundesminister

für das Post- und Fernmeldewesen:

Christian Schwarz-Schilling (CDU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Wilhelm Rawe (CDU)

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Oscar Schneider (CSU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Jürgen Echternach (CDU)

Bundesminister für Forschung und

Technologie: Heinz Riesenhuber (CDU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Albert Probst (CSU)

Bundesminister für Bildung und Wissen-

schaft: Jürgen Möllemann (FDP);

Parlamentarische Staatssekretärin

Irmgard Karwatzki (CDU);

Bundesminister für wirtschaftliche

Zusammenarbeit: Hans Klein (CSU);

Parlamentarischer Staatssekretär

Volkmar Köhler (CDU)

Bundesminister für Umweltschutz,

Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Walter Wallmann (CDU);

Parlamentarische Staatssekretäre

Martin Grüner (FDP) und Wolfgang

Gröbel (CSU)

„Traumnoten“ für Wezsäcker

„Traumnoten“ hat Bundespräsident von Wezsäcker bei einer Umfrage der Tübinger Wickert-Institute erhalten. Genau die Hälfte der 4004 repräsentativ befragten Wahlberechtigten in 422 Orten gaben ihm eine „eins“ auf die Frage, welche Schulnote sie dem Bundespräsidenten erteilen würden. Die Note zwei oder „gut“ gaben von Wezsäcker 32 Prozent, weitere 13 Prozent halten seine Leistungen als Staatsoberhaupt noch für befriedigend und kreuzten die Note drei an. Die Meinungsforscher sprachen von „echten Traumwerten“, wie sie in Tausenden von Umfragen seit Gründung der Institute 1951 bisher für keine andere Persönlichkeit und auch für keinen Markenartikel erzielt worden seien.

Engelen-Kefer unterstützt Volkszählung

Die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Ursula Engelen-Kefer, hat sich für die Volkszählung am 25. Mai eingesetzt. In einem Interview der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“ erklärte das SPD-Vorstandsmitglied, besonders dringend seien die Arbeitsmarktanalysen auf neue Daten aus dem Erwerbsleben, über die Wanderungsbewegungen der Bürger sowie zum Stand der beruflichen Qualifikation angewiesen. Nur auf der Grundlage neuer Daten ließen sich regionale Defizite erkennen. Die Einschätzung der Arbeitslosigkeit nach Regionen sei ohne eine neue Volkszählung nicht mehr exakt zu leisten, da die bloße Fortschreibung der alten, 1970 erhobenen Daten einfach nicht mehr ausreiche. Würde die Volkszählung noch weiter hinausgeschoben, riskiere die Bundesrepublik „Fehlentwicklungen, die uns Milliarden Mark kosten können“.

Zitat

Wir müssen die Grünen und Alternativen auch in den kommunalen Parlamenten offensiv stellen. Ich bin nicht der Meinung, daß man diese Leute einfach reden lassen soll, um sich dann nur an der Abstimmung zu beteiligen. Wir dürfen nicht nur Abstimmungen gewinnen, sondern wir müssen auch die Debatten gewinnen. Unsere Leute müssen also über den kommunalen Bereich hinaus politisch denken, müssen sich durchaus inhaltlich mit diesen Ideologien beschäftigen, müssen auch den Wählern aufzeigen, wohin es führen kann, wenn man solche Ideologen Politik machen lassen würde. Und wir müssen auch zu einer noch wirkungsvolleren und stärkeren Öffentlichkeitsarbeit kommen.

(Erwin Teufel, Kommunalpolitische Blätter, 5. 3. 1987)

Kriegsopferrenten steigen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch, 11. 3. 1987, den Entwurf zum 16. Anpassungsgesetz — Kriegsopferversorgung — beschlossen. Kriegs- und Wehrdienststopfer, Impfgeschädigte sowie Opfer von Gewalttaten werden danach zum 1. April 1987 3,03 Prozent mehr Rente erhalten. Das entspricht dem Anstieg der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Lebenshaltung erneut um 0,5 Prozent billiger

Die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte waren Mitte Februar um 0,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, aber 0,1 Prozent höher als im Januar 1987. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bestätigte die Vorausschätzungen aufgrund der Ergebnisse aus vier Bundesländern.

Gerhard Stoltenberg:

Das Ziel einer gerechten und sozial ausgewogenen Steuerreform ist voll erreicht worden

Mit ihren steuerpolitischen Vereinbarungen haben die Koalitionsparteien von CDU, CSU und FDP die Voraussetzung für eine leistungsfördernde und sozial ausgewogene große Steuerreform geschaffen, erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zu der aktuellen Diskussion über die Steuerreformbeschlüsse der Koalitionsparteien.

Der Gesamtrahmen umfaßt gut 44 Mrd. DM; davon werden die Steuerzahler 25 Mrd. DM als echte Steuerentlastung erhalten. Die Entlastung fällt damit noch deutlich höher aus als beim Steuersenkungsgesetz 1986/88 (19,4 Mrd. DM). Dies entspricht dem Ziel, die Steuerlast dauerhaft zu senken und in einer offensiven, marktwirtschaftlichen Strategie die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern.

Entlastung für alle Steuerzahler

Kernstück der Steuerreform ist ein Einkommensteuertarif mit völlig neuem Profil. Durch den geradlinigen progressiven Zukunftstarif wird der Anstieg der steuerlichen Grenzbelastung (Besteuerung von Lohn- und Einkommenszuwachs) gleichmäßig über die gesamte Progressionszone verteilt. Die Herabsetzung des Eingangsteuersatzes und des Spitzensteuersatzes um jeweils drei Prozentpunkte stellt die Eckpunkte des Einkommensteuertarifs wieder her, wie sie in der Zeit von 1965 bis 1974 bestanden haben.

In der polemischen Kritik der SPD sind die entscheidenden qualitativen Verbesserungen des neuen Konzepts für die Steuerzahler — insbesondere für die Arbeitnehmer — unterschlagen oder verdreht worden. Die Ausgewogenheit des Tarifs und der ergänzenden Hauptpunkte der Reform wird am deutlichsten in der Entlastungswirkung der verschiedenen Tarifzonen sichtbar:

■ Auf die Steuerzahler in der bisherigen unteren Proportionalzone (bis 18 000/36 000 DM), also die Bezieher niedriger Einkommen, entfällt mit 6,6 Prozent ein wesentlich höherer Entlastungsanteil, als er ihrem Beitrag zum Steueraufkommen mit 4,4 Prozent entspricht.

■ Auch die Steuerzahler in der bisherigen Progressionszone (bis 130 000/260 000 DM) werden mit 85,9 Prozent nachhaltiger entlastet als ihr Anteil am Steueraufkommen ausmacht (82,4 Prozent). Demgegenüber liegt der Entlastungsanteil für die Steuerzahler in der bisherigen oberen Proportionalzone (ab 130 000/260 000 DM) mit 7,5 v. H. erheblich unter dem Beitrag dieser Gruppe zum bisherigen Steueraufkommen mit 13,2 v. H.

■ Der neue Tarif TL 53/19 senkt die Grenzbelastung (Besteuerung von Lohn- und Einkommenszuwachs) dauerhaft ab. Im unteren Progressionsbereich zwischen 18 000 DM (Anfang der bisherigen Progressionszone) und 60 000 DM steigt die Grenzbelastung nach — Tarif 1981 von 22 v. H. um 28 Prozentpunkte auf 50 v. H.

— Tarif 1988 von 22 v. H. um 24 Prozentpunkte auf 46 v. H.

— dem Zukunftstarif TL 53/19 von 22 v. H. nur noch um 13 Prozentpunkte auf 35 v. H. Nach diesem Tarif steigt die Grenzbelastung in der „Facharbeiter-Zone“ des Tarifs also weniger als halb so stark an wie nach dem SPD-Tarif von 1981.

Die höchste Absenkung der tariflichen Grenzbelastung ergibt sich für Ledige bei einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 DM: hier wird die Belastung des Einkommenszuwachses von 46,0 v. H. nach dem Tarif 1988 um 11,2 Prozentpunkte auf 34,8 v. H. zurückgeführt (nach dem Tarif der SPD-geführten Bundesregierung von 1981 betrug die Grenzbelastung bei 60 000 DM noch 50,4 v. H.).

Da neun von zehn Unternehmen als Personen- oder Einzelunternehmen der Einkommensteuer unterliegen, stärkt der geradlinig-progressive Zukunftstarif auch nachhaltig die Eigenkapitalbildung und damit die Investitionskraft insbesondere der mittelständischen Unternehmen.

500 000 Arbeitnehmer zahlen überhaupt keine Steuern mehr

Der neue Zukunftstarif verwirklicht auch eine sozial ausgewogene und familienfreundliche Besteuerung. Jeweils rund sieben Mrd. DM werden für die Anhebung des Grundfreibetrages um 1 080/2 160 DM auf 5 616/11 232 DM und die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 22 auf 19 Prozent eingesetzt. **Beide Maßnahmen entlasten in erster Linie kleine Einkommen.** Durch die Erhöhung des Grundfreibetrages werden allein rund ½ Million Arbeitnehmer ganz steuerfrei gestellt. Bereits beim Steuersenkungsgesetz 1986/88 wurde der Kinderfreibetrag kräftig erhöht. Wer Kinder hat, zahlt seitdem deutlich weniger Steuern als derjenige, der keine Kinder hat. Die große

Steuerreform setzt diesen Weg konsequent fort: Der Kinderfreibetrag wird nochmals um 540 DM erhöht (Steuerausfall zwei Mrd. DM). Daneben werden auch der Haushaltsfreibetrag sowie die Unterhaltsfreibeträge und die Ausbildungsfreibeträge angehoben.

Entlastungsbeispiele

Ein verheirateter Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 42 956 DM (1990) wird durch den neuen Zukunftstarif um 1 118 DM entlastet. Unter Berücksichtigung des Kindergeldes bleibt für einen Verheirateten mit zwei Kindern ein Monatseinkommen von 2 859 DM belastungsfrei. Dies liegt über dem Wahlversprechen der SPD, Verheiratete mit zwei Kindern bis zu 2 500 DM (Rau) bzw. 2 800 DM (SPD-Parteitag) steuerfrei zu stellen.

Dem Charakter eines progressiven Steuersystems entsprechend steigen die absoluten Entlastungsbeträge mit der Höhe des zu versteuernden Einkommens. Die SPD ist völlig unglaubwürdig, wenn sie diesen Zusammenhang jetzt zu sozialer Ungerechtigkeit hochstilisiert.

Die Sozialdemokraten sind deshalb an die Ergebnisse der letzten von einer SPD geführten Bundesregierung durchgeführten Tarifkorrektur im Jahre 1981 zu erinnern. Damals ergaben sich die folgenden Entlastungswirkungen:

Zu versteuernde Einkommen	Ledige DM	Verheiratete DM
20 000	80	4
60 000	919	946
100 000	898	1 844

Wettbewerbsfähigkeit

Mit der Herabsetzung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer knüpft die Steuerreform an die günstigen steuerlichen Rahmenbedingungen für Unter-

nheimensinvestitionen in den Jahren 1965 bis 1974 an. Die Senkung des Spitzensteuersatzes öffnet auch den Weg für eine aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft dringend erforderliche Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf einbehaltene Gewinne von 56 auf 50 Prozent. Die mit der Einführung des geradlinig-progressiven Einkommensteuertarifs verbundene besondere Begünstigung von Personen- und Einzelunternehmen macht eine Spreizung zwischen Einkommensteuerspitzensatz und Körperschaftsteuersatz um drei Prozentpunkte möglich.

Die Bundesregierung hat vor der Bundestagswahl auch in den steuerpolitischen Debatten des Deutschen Bundestages immer wieder deutlich gemacht, daß eine Steuerreform Strukturveränderungen im Steuersystem notwendig macht.

Subventionen und Sonderregelungen müssen abgebaut werden

Um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, ist eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei wesentlich niedrigeren Steuersätzen notwendig. Deshalb müssen im Rahmen der Steuerreform Steuersubventionen und Sonderregelungen abgebaut oder zurückgeführt werden.

Die Koalition hat vereinbart, daß ein Betrag von insgesamt 19 Mrd. DM durch die Umstrukturierung ausgeglichen wird. Eine wesentliche Voraussetzung für die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen sind die soeben getroffenen Entscheidungen über das Entlastungsvolumen und den neuen Tarifverlauf. Auf dieser Grundlage sind bis zur Vorlage des 1. Entwurfs für die Steuerreform die noch ausstehenden Entscheidungen zu treffen.

In den Koalitionsvereinbarungen ist der Zusammenhang zwischen der Steuerreform mit einer Rückführung der Steuerquote und einer zurückhaltenden Ausgabenentwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden klar festgelegt worden. Für den Bund konnten die erforderlichen Voraussetzungen für ein weiteres geringes Ausgabenwachstum in seinem Haushalt geschaffen werden.

Entlastungsbeispiele

Der neue Einkommensteuertarif führt zu folgenden Entlastungen:

Lediger

... bei einem Durchschnittsverdiener (Jahreseinkommen 1990: 42956 DM)

bisherige Steuerbelastung	8 764 DM
Steuer 1990	<u>7 379 DM</u>
Entlastung	1 385 DM = 15,8 % der Steuer

... bei einem Arbeiter in der Mineralölverarbeitung (Jahreseinkommen 1990: 66 067 DM)

bisherige Steuer	18 433 DM
Steuer 1990	<u>14 649 DM</u>
Entlastung	3 784 DM = 20,5 % der Steuer

Verheirateter mit 2 Kindern

... und Durchschnittseinkommen von 42956 DM (1990)

bisherige Steuer	4 538 DM
Steuer 1990	<u>3 420 DM</u>
Entlastung	1 118 DM = 24,6 % seiner bisherigen Steuerbelastung

... Angestellter (Jahreseinkommen 1990: 67 550 DM)

bisherige Steuer	10 382 DM
Steuer 1990	<u>8 786 DM</u>
Entlastung	1 596 DM = 15,3 % der bisherigen Steuerbelastung

... und „gut verdienender Selbstständiger“ (Jahreseinkommen 243 000 DM)

bisherige Steuer	84 708 DM
Steuer 1990	<u>69 498 DM</u>
Entlastung	15 210 DM = 17,9 % der bisherigen Steuerbelastung

Neuer Steuer- tarif: sozial ausgewogen

Es wäre nicht seriös, einzelne Entlastungswerte in absoluten Zahlen gegenüberzustellen, ohne zu sehen, welcher Steuerbelastung der betreffende Steuerzahler bisher unterliegt.

Wer keine Steuern zahlt, kann auch steuerlich nicht entlastet werden.

- Die Kappung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent bringt Steuerentlastungen für die oberen Einkommensbezieher von ca. 1 Mrd. DM

Dem stehen gegenüber:

- die Erhöhung des Grundfreibetrages kostet 7 Mrd. DM
 - die Senkung des Eingangsteuersatzes erfordert 6,7 Mrd. DM
 - die Erhöhung der familienbezogenen Freibeträge entlastet um weitere 2 Mrd. DM
- Mehr als **eine halbe Million Steuerzahler** fallen künftig durch die Erhöhung des Grundfreibetrages **aus der Steuerpflicht völlig heraus.**

Neuer Steuer- tarif arbeits- platzfreundlich

In Deutschland sind 90 Prozent aller Unternehmen Personenunternehmen. Für diese Unternehmen stellt die Einkommensteuer die wichtigste Betriebssteuer dar. Die Senkung des Tarifs und damit auch des Spitzensteuersatzes ist also **eine wichtige investitionspolitische und damit arbeitsplatzhaltende Maßnahme.**

Finanzielle Auswirkungen der Beschlüsse der Koalition von CDU/CSU und FDP zur Steuerreform

(vom 24. Februar 1987)

Steuerrechtsänderung	Mindereinnahmen im Entstehungsjahr 1990 — Mrd. DM —
1. Anhebung des Grundfreibetrages von bisher 4 536/9 072 DM um 1 080/2 160 DM auf 5 616/11 232 DM	7
2. Senkung des Eingangssatzes von bisher 22 Prozent um 3 Prozentpunkte auf 19 Prozent; Verkürzung der unteren Proportionalzone von bisher 18/36 TDM um 9,9/19,8 TDM auf 8,1/16,2 TDM	6,7
3. Begradigung der Tarifprogression (Einführung eines linear-progressiven Tarifs)	23,7
4. Absenkung des Spitzensatzes von bisher 56 Prozent um 3 Prozentpunkte auf 53 Prozent mit Vorverlegung des Beginns der oberen Proportionalzone von bisher 130/260 TDM um 10/20 TDM auf 120/240 TDM	1
5. Anhebung des Kinderfreibetrages von bisher 2 484 DM um 540 DM auf 3 024 DM	2
6. Anhebung sonstiger familienbezogener Freibeträge (Haushaltsfreibetrag, Unterhaltsfreibeträge, Ausbildungsfreibeträge), Einführung eines Freibetrages für besonders schwere Fälle häuslicher Pflege	0,6
7. Verbesserung des Vorwegabzugs für Vorsorgeaufwendungen	0,6
8. Verbesserung der Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe nach § 7g EStG von 10 auf 20 Prozent, verteilt auf 3 Jahre; begünstigt sind Betriebe mit einem Einheitswert bis 240 000 DM (bisher 120 000 DM)	0,5
9. Absenkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 56 Prozent um 6 Prozentpunkte auf 50 Prozent	2,3
10. Steuerausfall insgesamt	44,4

Norbert Blüm:

Aufruf zu den Betriebsratswahlen '87

Die Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen entscheiden bei den vom 1. März bis 31. Mai 1987 stattfindenden Betriebsratswahlen darüber, wer in den folgenden drei Jahren ihre Interessen im Betrieb vertritt. Dies ist eine wichtige demokratische Entscheidung. Die neu gewählten Betriebsratsmitglieder werden bei der Lösung vieler Fragen des betrieblichen Alltags mitwirken: etwa bei Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen, bei der Festsetzung von Akkordsätzen oder der Gestaltung der Arbeitsplätze, bei der Regelung der betrieblichen Arbeitszeit einschließlich der Überstunden und beim Einsatz neuer Techniken im Betrieb.

Bei der Lösung dieser Fragen geht es um sehr konkrete Interessen und Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Aber auch die Arbeitslosen und die jugendlichen Schulabgänger sind darauf angewiesen, daß ihre Interessen mit bedacht und vertreten werden. Das verlangt von den Betriebsräten neben fachlicher Qualifikation auch tatkräftiges Engagement für die Belange der Arbeitnehmer.

Betriebsratswahlen sind ein demokratisches Recht der Arbeitnehmer. Sie liegen aber auch im Interesse der Arbeitgeber. Die wirtschaftliche Spitzenposition der Bundesrepublik Deutschland ist auch Ergebnis einer geordneten, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb. Betriebsräte sind ein unverzichtbares Ordnungselement unserer Wirtschaftsverfassung. Arbeitgeber, die die Bildung eines Betriebsrates verhindern, stoßen nicht nur gegen gel-

tende Gesetze, sondern handeln auch kurzsichtig.

Die hohe Wahlbeteiligung von 80 Prozent an den bisherigen Betriebsratswahlen beweist das starke Interesse der Arbeitnehmer an ihrer betrieblichen Interessenvertretung. 1984 wurden in über 35 000 Betrieben Betriebsräte mit fast 200 000 Mitgliedern gewählt. Erfreulicherweise stieg der Anteil der Frauen in den Betriebsräten auf 20 Prozent.

Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen sollten in noch größerem Umfang auch in Klein- und Mittelbetrieben Betriebsräte gebildet werden. Die Initiative dazu muß freilich von den Arbeitnehmern selbst ausgehen.

Ich rufe alle Arbeitnehmer auf, von ihrem Wahlrecht zum Betriebsrat verantwortungsbewußt Gebrauch zu machen.

Hauser als Vorsitzender wiedergewählt

Zum Vorsitzenden des Diskussionskreises Mittelstand (DKM) wurde MdB Hansheinz Hauser wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende bestätigte der Diskussionskreis Mittelstand Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, Hermann Schwörer und Hansjürgen Doss. Für den ausgeschiedenen Eberhard Pohlmann wurde der Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Wolfgang Hinrichs, gewählt. Als Beisitzer werden dem DKM-Vorstand Karl Becker, Friedrich-Adolf Jahn, Elmar Kolb, Julius Louven, Winfried Pinger, Hans-Peter Schmitz, Hermann Josef Unland und Waltraud Willfeld angehören.

Zahl der Arbeitslosen ging zurück

Trotz der durch das Winterwetter verzögerten Wiedereinstellung von Arbeitskräften in den saisonabhängigen Berufen ging die Arbeitslosenzahl im Februar um 9 400 zurück. Sie liegt jetzt um 105 000 niedriger als vor einem Jahr.

Die erst für Januar vorliegenden Erwerbstätigenzahlen zeigen, daß die Beschäftigung trotz des winterlichen Einbruchs innerhalb eines Jahres um 245 000 zugenommen hat. Das Beschäftigungswachstum hält weiter an, im Januar saisonbereinigt um 8 000. Seit dem Tiefpunkt im Herbst 1983 hat die Schaffung neuer Arbeitsplätze einen saisonbereinigten Anstieg der Beschäftigten um 600 000 ermöglicht.

Die Bundesregierung sieht in dieser Entwicklung eine Bestätigung ihrer auf Wachstum, Preisstabilität und Kaufkraft-

steigerung gerichteten Politik. Für sie hat der Abbau der Arbeitslosigkeit Priorität. Deshalb hält die Bundesregierung an ihrer Politik für mehr Beschäftigung fest und tut alles, den positiven Trend, der sich nach den vorliegenden Vorausschätzungen und Prognosen in diesem Jahr fortsetzen wird, zu stärken.

Gefordert sind dabei nach wie vor auch alle anderen am Wirtschaftsleben Beteiligten, Arbeitgeber und Gewerkschaften ebenso wie Unternehmensleitungen und Betriebsräte. Sie müssen dafür sorgen, daß die günstigen wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen auch in diesem Jahr für zusätzliche Neueinstellungen und noch mehr als bisher für eine bessere, gezielt auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichtete Qualifizierung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen genutzt werden.

Renten steigen höher als erwartet

Nach jetzt vorliegenden gesicherten Daten betrug der durchschnittliche Anstieg der Brutto-Löhne und -Gehälter im abgelaufenen Jahr 1986 3,8 Prozent. Damit werden auch die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 1987 um 3,8 Prozent angehoben.

Unter Berücksichtigung der ebenfalls zum 1. Juli 1987 um 0,7 Prozent steigenden Beteiligung der Rentner an ihren Krankenversicherungsbeiträgen beträgt der Anstieg der verfügbaren Renten 3,03 Prozent. Er liegt damit höher, als im Herbst 1986 bei der Verabschiedung des Renten Anpassungsgesetzes 1987 aufgrund der damaligen Datenlage angenommen wurde. Damals war man noch von einem durchschnittlichen Anstieg der Brutto-Löhne und -Gehälter um 3,7 Prozent aus-

gegangen. Dazu erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Die Renten Anpassung fällt höher aus, als wir ursprünglich vorausgeschätzt hatten. Die Wirklichkeit ist günstiger als unsere Prognose. Das ist besser als umgekehrt. Diese Vorsicht wird auch die zukünftige Rentenpolitik der Bundesregierung bestimmen. Das gibt Sicherheit und Verlässlichkeit. Die deutlichen Lohnerhöhungen des vergangenen Jahres kommen pünktlich bei den Rentnern an. Sie haben damit den gleichen Nutzen vom wirtschaftlichen Aufschwung wie die Arbeitnehmer. Wir haben 1987 die höchste reale Rentensteigerung seit 1978, denn wie schon im vergangenen Jahr, wird auch 1987 die Rentenerhöhung deutlich über der zu erwartenden Preissteigerungsrate liegen.“

Nebenerwerbslandwirtschaft – eine attraktive Alternative

Der Übergang zur Nebenerwerbslandwirtschaft kann einen wesentlichen Beitrag zur Lösung unserer agrarpolitischen Probleme leisten, stellt Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fest. Schon jetzt verdienen Nebenerwerbsbetriebe mit einem durchschnittlichen Gesamteinkommen von rund 40 000 Mark im abgelaufenen Wirtschaftsjahr deutlich mehr als vergleichbare kleine und mittlere Vollerwerbsbetriebe. Diese kommen nur auf 28 000 Mark je Betrieb.

Nebenerwerbsbetriebe erfüllen grundsätzlich die gleichen Funktionen wie Vollerwerbsbetriebe. Sie erzeugen Nahrung und erhalten die Kulturlandschaft. Allerdings belasten sie Märkte und Umwelt erheblich geringer, da sie

- extensiver wirtschaften,
- weniger Düngemittel und Pflanzenschutzmittel je Hektar einsetzen und dadurch
- je Hektar an Bodenerzeugnissen mindestens ein Drittel und an tierischen Erzeugnissen ein Viertel weniger produzieren.

Die Bedeutung der Nebenerwerbsbetriebe wird weiter zunehmen; denn in den nächsten Jahren werden Generationen die Hofnachfolge antreten, die in vielen Fällen bereits eine außerlandwirtschaftliche Berufsausbildung haben oder in einem erlernten Beruf tätig sind.

Wo ein ausreichendes Familieneinkommen nicht mehr allein über die Agrarpo-

duktion erwirtschaftet werden kann, tragen eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit, aber auch ergänzende Aktivitäten — wie zum Beispiel Urlaub auf dem Bauernhof — zur Einkommenssicherung bei.

Nebenerwerbsbetriebe spielen gerade in strukturschwachen ländlichen Gebieten eine immer bedeutendere Rolle zur Erhaltung der Wirtschaftskraft und zur Pflege unserer Kulturlandschaft. Sie sind daher auch in die Förderungsprogramme des Bundes und der Länder mit einbezogen.

Die Bundesregierung tritt für ein leistungsfähiges Miteinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben ein. Es ist agrarpolitisch nicht entscheidend, ob die bäuerliche Landwirtschaft im Haupt- oder Nebenerwerb betrieben wird. Entscheidend ist, die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der bäuerlichen Familien und der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Vorteile der Einkommenskombination haben schon viele Landwirte erkannt. So wurden 1986 über 40 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet.

In der neuen Legislaturperiode wird es darauf ankommen, den für viele der kleinen und mittleren Vollerwerbsbetriebe in der Regel attraktiven Schritt zur Einkommenskombination weiter zu erleichtern. Dieser Schritt hilft denjenigen, die in den Nebenerwerb überwechseln; er hilft aber auch den Vollerwerbsbetrieben, die von der Marktentlastung und dem zusätzlichen Flächenangebot profitieren.

Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe ist unser Hauptanliegen

Den Vorwurf – erst in der letzten Woche wieder von den Grünen erhoben –, die Bonner Agrarpolitik würde die großen landwirtschaftlichen Betriebe begünstigen und die kleinen benachteiligen, hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Wolfgang von Geldern, zurückgewiesen. Es sei das Hauptanliegen aller Maßnahmen, gerade den kleinen und mittleren Betrieben zu helfen.

Von Geldern versichert, daß auch in der neuen Legislaturperiode die Sicherung des bäuerlichen Familienbetriebes, der in der Regel durch eine enge Bindung an den Boden gekennzeichnet ist und dessen Tierbestände und Flächen im wesentlichen von Familienangehörigen versorgt bzw. bewirtschaftet werden, im Mittelpunkt der Agrarpolitik stehen wird.

Der parlamentarische Staatssekretär nennt im einzelnen folgende Maßnahmen zugunsten der kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe:

1. Die Bundesregierung setzte im März 1984 eine Neuordnung des Währungsausgleichssystems der EG durch. Für die deutschen Bauern wurde damit ein Einkommensausgleich über die Mehrwertsteuer von 1984 bis 1991 von rd. 18,4 Mrd. DM verbunden. Die frühere, für die deutsche Landwirtschaft schädliche Praxis der jährlichen Abbauschritte ohne Ausgleichsmaßnahmen wurde damit beendet. Von dem Einkommensausgleich sind gewerbliche und große landwirtschaftliche Viehhaltungen ausgeschlossen; dies ist eine wirkungsvolle Maßnahme gegen die Konzentration in der Viehhaltung und

gegen die bodenunabhängige Tierproduktion.

2. Die Garantiemengenregelung bei Milch wurde nach sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet. Die Abzüge wurden breit gestaffelt und lagen zwischen zwei Prozent (in kleinen Betrieben) und 12,5 Prozent (in großen Betrieben mit starker Anlieferungssteigerung).

3. Die gegen den deutschen Willen in Brüssel beschlossene Mitverantwortungsabgabe (MVA) wird nicht auf den Eigenverbrauch der Landwirte und unter Landwirten gehandeltes Getreide erhoben. Kleinerzeuger, deren Anlieferungen unter 25 t liegen, erhalten gezahlte MVA-Beträge zurückerstattet.

4. Bereits seit 1. Januar 1984 ist in der Bundesrepublik Deutschland bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung die Förderschwelle abgeschafft. Die Förderung ist jetzt abhängig von erfolgreicher Bewirtschaftung und Tragbarkeit des Kapitaldienstes und ausgerichtet auf Kostensenkung und Arbeiterleichterung. Seither kommen auch kleinere Betriebe in den Genuß der einzelbetrieblichen Förderung.

5. Ebenfalls zum 1. Januar 1984 wurde ein Agrarkreditprogramm eingeführt, das Haupt-, Zu- und Nebenerwerbslandwirte bei der Förderung gleichstellt.

6. Anfang November 1985 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts und das Landpachtverkehrsgesetz verabschiedet; damit wird das Pachtrecht an die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt und der Konzentration von Pachtflächen in großen Betrieben entgegengewirkt.

7. Am 1. Januar 1986 traten folgende Erleichterungen in der Bodengewinnbesteuerung in Kraft:

● Bei Verkauf oder Aufgabe kleinerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wird der Freibetrag von 60 000 auf 90 000 DM erhöht, der Kreis der Begünstigten durch Anhebung der Grenze des Wirtschaftswertes sowie der zulässigen außerlandwirtschaftlichen Einkünfte bei Nebenerwerbslandwirten erweitert.

● Die Freibetragsregelung bei der Veräußerung von Grund und Boden zur Abfindung weichender Erben wurde dahingehend verbessert, daß der Freibetrag (120 000 DM) auch bei vorweggenommenen Erbregelungen für jeden abzufindenden weichenden Erben gewährt werden kann.

8. Mit dem im November 1985 vom Bundestag beschlossenen Dritten Agrarsozialen Ergänzungsgesetz wird die agrarsoziale Sicherung unserer bäuerlichen Familien weiterentwickelt. Kleine und mittlere Betriebe erhalten — gestaffelt nach Einkommenssituation — ab

1. Januar 1986 eine jährliche Entlastung ihrer Beiträge zur Altershilfe in Höhe von 240 DM, 300 DM, 600 DM oder 900 DM.

Nach dem Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz erhalten kleine und mittlere Betriebe ab 1. Januar 1986 zusätzliche Geldeleistungen. Die Zuschüsse richten sich nach Unternehmensumfang und Einkommenshöhe und betragen jährlich 2 000 DM, 1 500 DM, 1 300 DM, 1 100 DM oder 1 000 DM. Hierfür werden ab 1986 jährlich bis zu 450 Mio. DM Bundesmittel zusätzlich bereitgestellt.

Auch die geplanten Flächenstillegungen zur Marktentlastung werden keineswegs zu einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Betriebe führen, im Gegenteil. Im übrigen hat die Bundesregierung wie-

derholt erklärt, daß sie in der neuen Legislaturperiode weitere Schritte unternehmen wird, um das Entstehen von Agrarfabriken zu verhindern. Die vorgesehenen Mittel reichen von den bestehenden Gewerbegrenzen, den geltenden Umweltauflagen und der Pachtgesetzgebung bis hin zu steuerlichen Maßnahmen.

Mit Ausnahme des Geflügelsektors haben sich in der Bundesrepublik Deutschland bisher verhältnismäßig wenig Großbetriebe etabliert. Von fast 740 000 landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten 1985 nur 5 200 Betriebe (0,7 Prozent) mehr als 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche, hielten nur 411 Betriebe mehr als 100 Milchkühe und 569 Betriebe mehr als 1 000 Mast-schweine.

CDU fordert Görlachs Rücktritt

Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag hat Landwirtschaftsminister Willi Görlach zum Rücktritt aufgefordert. Grund: Görlach habe sein Ministeramt mißbraucht, um Parteipolitik zu betreiben. Hintergrund: Der Sprecher des Ministers, Peter Niederelz, hatte eine Äußerung Görlachs an die Münchener „Abendzeitung“ weitergeleitet. Das Interview hatte Görlach aber als Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd gegeben. Damit aber nicht genug: Niederelz wurde gefeuert, weil er eine nicht genehmigte Äußerung Görlachs weitergeleitet hatte. Wenige Stunden vor seinem Rauswurf war er aber noch zum Beamten auf Lebenszeit ernannt worden. Die CDU: Görlach nutzte seinen Sprecher als Sündenbock.

Schmidts Sorge um den Zustand der Sozialdemokratischen Partei

„Es fehlen tragfähige Konzepte zur ökonomischen Politik.“ — „Eine ungeheure Kraftanstrengung (wäre) nötig, um das Geschwätz vom Wachstumsverzicht, vom Ausprobieren der Belastbarkeit der Wirtschaft, vom Rückgratzeigen gegenüber dem Kapital in Schranken zu halten.“ Diese Aussagen stammen aus einem vertraulichen, inzwischen veröffentlichten Brief, den Altbundeskanzler Helmut Schmidt Mitte letzten Jahres an seinen Genossen Johannes Rau schrieb, um ihm beim derzeitigen Zustand der SPD von der Kanzlerkandidatur abzuraten.

Der Brief Schmidts ist ein Dokument, das mit vernichtender Kritik das — nicht nur in der Wirtschaftspolitik entstandene — „konzeptionelle Vakuum“ der SPD offenlegt. Der Schmerz des „Weltökonom“ Helmut Schmidt über die Entwicklung in seiner Partei sitzt offenbar tief. Sein Versuch, die SPD inhaltlich auf die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard nach dem Krieg durchgesetzt hat, festzulegen, ist gescheitert.

Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in den letzten Monaten der Regierungsverantwortung Helmut Schmidts ab und verdeutlichte sich anschließend in den Parteitagebeschlüssen und Programmen der Sozialdemokraten, die vorschlugen, mit höheren Staatsschulden, neuen Steuern, Steueranhebungen und Sonderausgaben die Belastbarkeit unserer Wirtschaftsordnung erneut zu testen.

Jetzt, nach der Wahl, verstärkt sich in geradezu abenteuerlicher Geschwindigkeit eine Öffnung der SPD zu den Grünen,

die nicht ohne Auswirkungen auf sozialdemokratische wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Konzeptionen bleiben wird. Damit verstärkt die SPD sozialistische Illusionen und verrät Prinzipien, auf denen das Auskommen der breiten Schichten unseres Volkes gründet, stellt Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft verlangt dagegen einen Ordnungsrahmen, der Freiheit und Gerechtigkeit miteinander verbindet. Nur der Wettbewerb, das Ringen um die beste Problemlösung zum günstigsten Preis, setzt die Kräfte und Initiativen frei, die unser Land — wie bereits nach dem Kriege — heute zur zweiten Welthandels- und Industrienation gemacht haben. Die volkswirtschaftliche Gesamtleistung, die in dieser Höhe nur durch Wettbewerb erzielbar ist, ermöglicht gleichzeitig die Verwirklichung der zweiten Komponente unserer Wirtschaftsordnung: die solide Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn Leistungsanreize vorhanden sind, wenn Leistung belohnt und nicht bestraft wird. In sozialistischen Ländern, in denen es keinen Wettbewerb und damit keine Leistungsanreize gibt, fehlen Wohlstand und Freiheit.

Hohe Steuern und Abgaben, Bürokratie und Gängelung rauben den Anreiz zur Leistung, den Lohn oder den Gewinn. Das Ergebnis der Arbeit fällt weit geringer aus und damit auch der Anteil des Sozialprodukts, der notwendig ist, eine soziale Sicherung aufrechtzuerhalten und auszubauen für diejenigen, die noch nicht oder nicht mehr leistungsfähig sind.

Diese Zusammenhänge der Sozialen Marktwirtschaft hat die SPD nicht begriffen. Sie arbeitet mit der Züchtung von Neidkomplexen, spricht von „sozialer Kälte“ und von „Umverteilung von unten nach oben“. Wenn die SPD schon nicht bereit oder in der Lage ist, die Funktions- und Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie nicht bereit ist, auf Helmut Schmidt zu hören, dann sollte sie wenigstens aus praktischen Beispielen Lehren ziehen.

So ist Nordrhein-Westfalen, in dem der ehemalige Kanzlerkandidat der SPD Verantwortung als Ministerpräsident trägt, durch sozialdemokratische Politik heruntergewirtschaftet worden. Die „Belastbarkeit“ der Wirtschaft ist getestet, das Land so verschuldet, daß der SPD-Finanzminister von Nordrhein-Westfalen bereits vor über einem Jahr die Schuldensituation seines Landes mit der von Mexiko und anderen Entwicklungsländern verglich. Im zweiten Schritt mußte Ministerpräsident Rau drastische Kürzungen im Sozialbereich — bei Kindergärten, Krankenhäusern, Einrichtungen der Alten- und Familienhilfe und bei Behinderten — vornehmen. Spätestens an diesem traurigen Punkt angelangt, sollten Sozialdemokraten erkennen, daß nur Leistungsanreize für die Menschen und sparsame Politik des Staates die soziale Sicherung tragen. Alles andere führt in die Krise und schadet im Ergebnis gerade den Menschen, deren Anwalt zu sein die SPD vorgibt.

Die Union wird gemeinsam mit der FDP in der Regierungsverantwortung an den Funktions- und Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft festhalten. Sie haben unser Land bereits unter Ludwig Erhard und jetzt erneut auf Wachstumskurs gebracht, neue Arbeitsplätze geschaffen, Geldwertstabilität und Außen-

handelsüberschüsse erreicht. Sie haben den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte so verbessert, daß wir nach den bereits beschlossenen Steuererleichterungen jetzt sogar eine große Steuerreform verwirklichen können, die die Steuerzahler sozial gerecht entlastet und das Steuersystem schrittweise vereinfacht. Uns wird Ludwig Erhard Vorbild bleiben.

Schleswig-Holsteins SPD bietet Grünen Kooperationsvertrag an

Für ein neues Modell einer rot-grünen Zusammenarbeit im Fall entsprechender Mehrheitsverhältnisse nach der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 13. September hat sich der SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen ausgesprochen. Gegenüber den „Kieler Nachrichten“ setzte sich Jansen unterhalb einer Koalitionsvereinbarung für einen Kooperationsvertrag zur parlamentarischen Zusammenarbeit mit den Grünen ein, der einen konkreten Handlungskatalog enthalten solle, an den sich beide Seiten zu halten hätten.

Nur 31 000 Deutsche im Ausland wählten

An der Bundestagswahl am 25. Januar haben sich nur sechs Prozent der erstmals stimmberechtigten Auslandsdeutschen beteiligt. Dies erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Stavenhagen, in einem Interview der Deutschen Welle. Nach seinen Angaben haben nur 31 000 von insgesamt 526 000 wahlberechtigten Bundesbürgern im Ausland ihre Stimme abgegeben. Jetzt müsse genau analysiert werden, „woran es lag“, sagte Stavenhagen. Eine Arbeitsgruppe soll nach den Ursachen forschen.

CDU Baden-Württemberg will drängende Zukunftsprobleme entschlossen anpacken

Die CDU Baden-Württemberg wird sich in den nächsten Monaten schwerpunktmäßig mit Strukturproblemen des ländlichen Raumes befassen. Hier gibt es — in der Landwirtschaft ebenso wie beim gewerblichen Mittelstand — Entwicklungen, die neue Überlegungen erfordern. Die CDU wird für eine breit angelegte Solidarität zwischen Stadt und Land werben. Der ländliche Raum braucht wirtschaftliche, soziale und kulturelle Perspektiven, die ihn auch für die junge Generation attraktiv machen. Dazu gehört die Frage des Erhalts bäuerlicher Familienbetriebe; es geht aber auch um die Zukunft des Handwerks, des Einzelhandels und der mittelständischen Betriebe außerhalb industrieller Ballungsgebiete.

Einen gleichrangigen Schwerpunkt wird die CDU in ihrer Politik für das Handwerk und den Mittelstand generell setzen. Dabei kommt es in den nächsten Monaten entscheidend darauf an, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Substanz des Mittelstandes zu sichern. Von diesem Ziel wird sich die Union bei der geplanten Steuerreform leiten lassen, stellt Ministerpräsident **Lothar Späth** fest.

Eine neu eingesetzte Arbeitsgruppe der Landespartei hat jetzt den Auftrag, Strukturfragen des ländlichen Raumes zu untersuchen und Vorschläge zur Verbesserung der Bildungs- und Beschäftigungssituation zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe „Neue Chancen im ländlichen Raum“ wird sich gezielt mit drei Fragenkreisen befassen:

- Der Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen durch Schaffung einer zweiten, produktionsunabhängigen Einkommensquelle;

- der Erweiterung eines qualifizierten Bildungs- und Weiterbildungsangebotes und

- der Aktivierung von Maßnahmen zur Industrieansiedlung in strukturschwachen Räumen.

Die Arbeitsgruppe wird ihre Ergebnisse bis zur Sommerpause vorlegen und auf einem Kongreß im Herbst zur Diskussion stellen.

Dabei wird die CDU deutlich machen, daß ökonomische und ökologische Fragen für sie gleichrangig sind und nicht im Widerspruch zueinander, sondern nur in praktischer Kooperation gelöst werden können. Die CDU hat sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Umweltpolitik eine durch konkrete Leistungen belegbare Sachkompetenz, wie sie keine andere Partei in Baden-Württemberg aufweisen kann.

Auch frauenpolitischen Fragen wird sich die Union verstärkt widmen und den spezifischen Problemen der Frauen in Familie und Beruf noch mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken. Die CDU hat mit vielen vorbildlichen Programmen und Maßnahmen — etwa die Einführung eines Landeserziehungsgeldes, dem Programm „Mutter und Kind“, weiterführenden Bildungsangeboten im Rahmen der Aktion „Neuer Start ab 35“ und Leitlinien zur Förderung von Frauen im Landesdienst — schon Schrittmacherdienste

zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau geleistet. Sie wird sich aber noch intensiver mit bestimmten, besonders belasteten Gruppen — Alleinerziehenden, Mithelfenden im eigenen Betrieb, berufstätigen Müttern aus großen Familien — befassen und Initiativen ergreifen.

In der baden-württembergischen CDU herrscht eine breite Aufbruchstimmung zur Lösung drängender Zukunftsprobleme. Die Frage der Solidarität wird daher für die CDU zum Schlüsselwort der Politik. Das betrifft die Solidarität zwischen Stadt und Land ebenso wie zwischen jung und alt und, in globalem Maßstab, zwischen den Industrienationen und den Ländern der Dritten Welt. Mit einer Fülle von Aktionen, an denen die Junge Union maßgeblich mitwirkt, wird die CDU deutlich machen, daß sie diese Solidarität nicht nur verbal übt, sondern in praktische Politik umzusetzen weiß.

Lothar Späth stellt weiter fest:

Die CDU wird aber auch herausstellen, daß die Verwurzelung der Partei in Ba-

den-Württemberg und die menschliche Zuwendung eine zentrale Rolle in ihrem Selbstverständnis spielt. Wir erheben den Anspruch, als die Baden-Württemberg-Partei für unser Land und unsere Heimat zu wirken. Wir wissen, wie wichtig neben allen wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen, die uns niemand bestreiten kann, die Pflege immaterieller Werte wie Geborgenheit, Identifikation und Heimatbewußtsein für den modernen Menschen ist. Dies wird sich in den Inhalten und in der Gestaltung unserer Politik niederschlagen.

Wir werden wiederum um die absolute Mehrheit bei der Landtagswahl im Frühjahr 1988 kämpfen. Während andere Parteien vornehmlich damit beschäftigt sind, Personalquerelen und Flügelkämpfe auszutragen, rüstet sich die CDU konzeptionell, die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts anzunehmen. Dies geschieht in der Überzeugung, daß die Bürger der Partei ihr Vertrauen schenken werden, die überzeugende Zukunftskonzepte anzubieten hat und sie glaubwürdig vor Ort vertreten kann.

TERMINE

- 13. 3. KPV NRW
Sitzung Fachausschuß 7
- 13. 3. LV Saar
Vorstand, Saarbrücken, 16 Uhr
- 13. 3. LV Saar
Landesausschuß, Saarbrücken,
18 Uhr
- 14. 3. Frauenvereinigung CDU-Bund
Hauptausschußsitzung, Bonn
- 14. 3. KPV Baden-Württemberg
Landestag, Wiesensteig
- 16. 3. LV Rheinland-Pfalz
Vorstand, Mainz
- 17. 3. CDA Schleswig-Holstein
Vorstand, Kiel
- 18. 3. CDU Bund
Landesgeschäftsführerkonferenz,
Bonn
- 20. 3. CDA NRW
Vorstand, Dortmund

- 20./21. 3. LV Rheinland-Pfalz
32. Landesparteitag, Mainz
- 20./21. 3. KPV
Fachausschuß „Kultur“, Berlin
- 21. 3. CDA NRW
Landestagung, Dortmund
- 21. 3. Junge Union NRW
2. Nordrhein-Westfalen-Tag,
Unna
- 21. 3. LV Hessen
Schulkongreß, Bad Homburg
- 22./28. 3. Exil-CDU
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
- 23. 3. LV Baden-Württemberg
Vorstand, Stuttgart
- 24. 3. Frauenvereinigung Schleswig-
Holstein
Vorstand, Kiel
- 30. 3. CDU Präsidium
Sitzung, Bonn
- 30. 3. Frauenvereinigung Saar
Vorstand, Saarbrücken

Hamburg braucht wieder einen klaren Kurs

Zur politischen Bankrott-Erklärung des Hamburger SPD-Senats nach dem Scheitern von Koalitionsverhandlungen mit der Union stellt Hartmut Perschau, Vorsitzender der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion, fest: Die SPD trägt die volle Verantwortung für die in Hamburg entstandene Situation. Mit ihrem Neuwahlantrag unterschreibt sie zugleich ihre politische Bankrotterklärung. Weil die SPD nicht bereit ist, aus dem Wahlergebnis vom 9. November 1986 die erforderlichen demokratischen Konsequenzen zu ziehen, reicht sie den Wählern einfach ihr Votum zurück. Das ist ein zutiefst undemokratisches Verhalten.

In der Demokratie sind absolute Mehrheiten selten. Es ist eher die Regel, daß keine Partei eine absolute Mehrheit erreicht und deshalb eine Koalition gebildet werden muß. Regierungsfähig ist nur eine Partei, die in solchen Fällen in der Lage ist, mit anderen Parteien ein Bündnis einzugehen, um eine Regierung zu bilden. Die SPD in Hamburg hat gerade bewiesen, daß sie dazu weder fähig noch willig ist. Sie ist daher auch nicht regierungsfähig.

Die SPD hat den Wahlkampf mit einem neuen Trick eröffnet. Klaus von Dohnanyi erklärt, nur bei einer SPD-Mehrheit oder im Falle einer SPD-FDP-Koalition in Hamburg bleiben zu wollen. Da beide Konstellationen nicht erreichbar sind, zieht die SPD mit einem Spitzenkandidaten in den Wahlkampf, der anschließend verschwindet. Die Erklärung Klaus von Dohnanyis ist ein Rücktritt auf Raten. Die Wähler werden im unklaren darüber gelassen, wer die SPD wohin führt. Es

gehört im übrigen zu den unauflösbaren Widersprüchen, in die sich die SPD mit ihrem taktischen Spiel verstrickt hat, daß sie zwar eine „Übertragung der Bonner Wende“ ablehnt, aber ein Bündnis mit der FDP anstrebt, also der Partei, die die Bonner Wende maßgeblich herbeigeführt hat.

Die Stadt braucht endlich eine neue politische Führung, die ihr neue Impulse gibt und die einen neuen Anfang macht. Die Stadt braucht einen klaren Kurs in die Zukunft. Diese neue Führung kann nur von der CDU — der Partei der Zukunft und des humanen und sozial gestalteten Fortschritts — geleistet werden, nicht von einer in sich zerstrittenen, abgewirtschafteten, bündnis- und regierungsunfähigen SPD.

Pressestimmen zur geplatzten Koalition

Wenn es nur um die Sache, um Hamburgs Probleme gegangen wäre — man hätte sich einigen können und war auf dem besten Wege dahin. Aber es ging eben in Wahrheit nicht um die Hansestadt, sondern um die SPD. Die Hamburger werden nun erneut an die Wahlurnen gerufen. Nichts deutet darauf hin, daß die Sozialdemokraten eine absolute Mehrheit erringen könnten. Das wissen sie auch.

(Die Welt, 5. 3. 1987)

Werden sich die Hamburger Wähler gefallen lassen, was ihnen die „regierende“ SPD schon zum zweitenmal zumutet? Weil die Hanseaten im November letzten Jahres „falsch“ gewählt hatten, als sie den Sozialdemokraten — zu Recht — die absolute

Mehrheit wegnahmen, sollen sie nun wieder an die Urnen. So wird Demokratie nahezu auf den Kopf gestellt: Nicht das Volk korrigiert in regelmäßigen Abständen die Gewichtsverteilung im Parlament, sondern die Regierungsfraktion fordert das Volk solange zur Selbstkorrektur auf, bis sie selbst wieder fest im Sattel sitzt. Solche Arroganz hat die Berliner SPD ihr 30jähriges Machtmonopol gekostet.

(Hannoversche Allgemeine Zeitung, 5. 3. 1987)

Die Hoffnung von Bürgermeister Dohnanyi auf ein Bündnis mit der FDP zeigt das ganze Ausmaß der Verlegenheit. Über Mangel an Wahlmöglichkeiten gibts keinen Grund zur Klage. Eher macht sich schon Wahlmüdigkeit bemerkbar und Verdruß über die Politiker, die außer Querelen nichts aus dem Wahlenvotum gemacht haben. Italienische Verhältnisse nennt man bereits diesen lähmenden Zustand, in dem die Parteien sich nicht mehr einigen wollen. Aber das werden sie müssen, wenn sie unsere Demokratie nicht auf Dauer krank machen wollen. (Express, 5. 3. 1987)

Sozialdemokratische Politik hat in diesen Wochen an Hessen zu denken. Und im hessischen Wahlkampf wäre eine Hamburger CDU-SPD-Koalition nicht nützlich. Sozialdemokratische Politik hat schließlich mit Blick auf Bonn an das zu denken, was in Erwartung des Retters Lafontaine Erneuerung der SPD heißt. Und dafür ist eine Koalition mit irgendeiner anderen Partei als der der Grünen erst recht nicht nützlich.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 3. 1987)

Vermutlich werden die Freien Demokraten in die Bürgerschaft zurückkehren. Aber sie werden mit der CDU ebenso eine „Ehe“ eingehen wie mit der SPD — je nachdem, welche der beiden Parteien überhaupt eine Regierungsmehrheit zustande bringt. Wenn die Sozialdemokraten also Pech haben, landen sie unversehens in der Oppo-

sition, und dann werden die „Hamburger“ zu „Berliner Verhältnissen“, mit einer verzweifelt um die Rückkehr an die Fleischtopfe der Macht kämpfenden SPD.

(Bremer Nachrichten, 5. 3. 1987)

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi gelang es nur schlecht zu kaschieren, daß er es war, der gegen die Stimmung der Mehrheit seiner Bürger Verhandlungen mit der CDU über eine große Koalition oder ein Tolerierungsbündnis scheitern ließ. Seine zerrissene SPD erlaubte ihm offenbar kein anderes Taktieren. (Kieler Nachrichten, 5. 3. 1987)

Apels Behauptungen sind falsch

Zur Kritik des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Hans Apel, an der bei den Koalitionsvereinbarungen beschlossenen Steuersenkung erklärte der Sprecher des Bundesministeriums der Finanzen in Bonn:

Es ist falsch zu behaupten, die Koalitionsbeschlüsse bevorzugen vor allem Großunternehmen und Spitzenverdiener.

Tatsache ist, daß heute die Einkommen der großen Mehrzahl der Arbeitnehmer in die Progressionszone des Einkommens- und Lohnsteuertarifs fallen. Die vorgesehene stärkere Tarifabflachung bereits im nächsten Jahr kommt deshalb in Verbindung mit der beschlossenen Anhebung des Grundfreibetrags vor allem den Arbeitnehmern mit kleinen und mittleren Einkommen zugute und nicht den Beziehern höchster Einkommen. Es ist vollkommen abwegig, die Beschlüsse der Regierungskoalition zur Steuerpolitik als eine Benachteiligung der Durchschnittsverdiener hinzustellen, wie es die SPD immer wieder tut.

CDU Hessen zieht Zwischenbilanz: Wahlkampfstart voll gelungen

Der CDU Hessen ist nach Auffassung ihres Generalsekretärs Manfred Kanther der „Blitzstart zur vorgezogenen Landtagswahl“ in werblicher wie organisatorischer Hinsicht voll gelungen. Die Union habe ein vollständig neues, auf die Sondersituation des 5. April bezogenes werbliches Konzept vorgelegt, erklärte Kanther in Wiesbaden. Mit dem Slogan „Nutz Deine Chance, Hessen. Diesmal CDU“ werde allen Wählerinnen und Wählern der Weg zu einem politischen Wechsel in Hessen gezeigt. Die landesweite Plakatierung dieser zentralen Aussage sei binnen weniger Tage ins Werk gesetzt worden.

Mit rund 200 öffentlichen Veranstaltungen der wichtigsten Politiker aus Bund und Land stellt sich die CDU in Hessen der Öffentlichkeit. Die spontane Bereitschaft aller prominenten CDU-Politiker zur Mitwirkung sei beeindruckend. Besonders die sechs Großveranstaltungen des Bundeskanzlers bewiesen die Bedeutung, die die CDU der hessischen Landtagswahl beimesse, stellte Kanther fest.

Im Rahmen des Rednereinsatzes will sich die Union nach Angaben Kanthers besonders um den nordhessischen Landesbereich kümmern. Dort werden auch Landwirte in einer speziellen Veranstaltungskampagne angesprochen. Kanther: „Es muß uns gelingen, die Landwirte, ihre Familien und Freunde wieder dort zur Wahlteilnahme zu bewegen, wo Wahlenthaltung zur Bundestagswahl zu bemerken war.“ Programmatisch solle in diesem Zusammenhang dabei klargestellt werden, daß es nicht um EG- oder Bonner Landwirtschaftspolitik, sondern um eine „hessische Quittung“ für

den jahrelangen politischen Hickhack von SPD und Grünen gehe.

Soweit die Kürze der Vorbereitungszeit ausreicht, will die CDU auch neue Veranstaltungswege gehen. Insbesondere mit den hessischen Bundesministern Heinz Riesenhuber und Christian Schwarzschilding veranstaltet sie vielfältige Zielgruppengespräche im Bereiche der Jungwähler, des Mittelstandes und technischer Berufe. „Hessen darf kein grünrotes Aussteigerland werden“, formulierte Kanther. Wichtigstes Problem für den CDU-Generalsekretär ist der „Transport der hessischen Problematik zum Bürger“. Die CDU wisse, daß viele Fakten der Landespolitik schwer vermittelbar seien. Deshalb gelte ihre besondere Mühe der Herausgabe von drei umfangreichen Wochenendzeitungen, die mit einer Auflage von knapp zwei Millionen Exemplaren pro Ausgabe in alle Briefkästen kommen sollen. „Dafür benötigt die CDU rund 6 000 ehrenamtliche Helfer. Das verdeutlicht das breite Engagement der Mitglieder.“

Kanther stellte zugleich den Entwurf des CDU-Wahlprogramms vor, das den CDU-Mitgliedern vier Wochen lang zur Beratung vorliegen wird. Die Verabschiedung des Programms soll auf einem Landesparteitag am 28. März in Hofheim stattfinden. Die umfangreiche Schrift, die zu allen Bereichen der Landespolitik mit großer Präzision Stellung nimmt, ist auch Hunderten von Verbänden in Hessen mit der Bitte um kritische Bewertung zugegangen. Natürlich hätten sich die CDU-Programmgestalter um den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gerald Weiß eine längere Beratungszeit gewünscht, die

jedoch angesichts des vorgezogenen Wahltages nicht zur Verfügung steht. Die CDU stelle fest, daß sie damit die einzige Landtagspartei sei, die ein vollständiges Programm präsentieren kann. Kanther nannte es schon erstaunlich, daß die SPD nach 42 Regierungsjahren und einem gescheiterten Experiment mit den Grünen nichts anderes vor die Wähler stellen könne als das Versprechen einer neuen Auflage der grün-roten Regierung.

Nachfolgend einige Auszüge aus der Rede des Landesvorsitzenden der CDU Hessen, Bundesminister Walter Wallmann, auf dem 68. Landesparteitag am 28. Februar 1987 in Körle:

Die Ausgangslage vor dieser Wahl ist so klar wie nie zuvor: Die Frage lautet: Freiheitliche und soziale Politik für Hessen oder weiterhin quälende Dauerkrise und Abstieg.

Die rot-grüne Politik liegt in Trümmern. Aber die rot-grüne Koalition ist nur scheinbar beendet. Sie soll nach dem 5. April fortgesetzt werden.

Nur pro forma hat es eine Scheidung der rot-grünen Gesinnungsgenossen gegeben. Wohin ist die hessische SPD gekommen? Verantwortung für das Wohl des Landes — Verantwortung ist in der SPD zum Fremdwort geworden. Diese verantwortungslose Politik wollen und müssen wir beenden. Es geht um unser Land. Deswegen wollen und müssen wir stärkste und bestimmende Kraft in der hessischen Politik werden.

Vier weitere Jahre einer rot-grünen Mehrheit für Hessen bedeuten:

- Regierungsunfähigkeit,
- Abbau von Arbeitsplätzen,
- hektischer Stillstand in der Umweltpolitik,
- Mülltourismus,
- wachsendes Süd-Nord-Gefälle in unserem Land und

● den Abstieg Hessens aus der Spitzengruppe der deutschen Bundesländer.

Wir stehen vor einer Auseinandersetzung, deren Ausgang darüber entscheidet, wie sich unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird. Die SPD hat einen Weg eingeschlagen, der weit hinter Godesberg zurückführt. Gewollt ist eine andere Gesellschaft, eine andere staatliche Ordnung.

Wir können Hessen in vielen Bereichen zum Vorbild in der Bundesrepublik machen. SPD und Grüne haben nicht die Kraft, diese Aufgaben anzupacken. Mit uns gibt es keinen Ausstieg aus der Industriegesellschaft und keine Vernichtung sicherer Arbeitsplätze.

Mit uns gibt es kein „Bauernlegen“, keine Gängelung der Kultur und keine Zwangsförderstufe.

Wir werden den Umweltschutz in Hessen auf Platz eins der Tagesordnung setzen.

Wir werden die hessischen Wälder nicht Dreckschleuderkraftwerken aussetzen.

Wir werden dem inneren Frieden wieder Vorrang einräumen.

Eine Aufklärungsquote von nur etwa 30 Prozent aller Straftaten hat Hessen zum Schlußlicht aller Bundesländer gemacht. Dies ist ein unerträglicher Skandal.

Wir wollen eine neue Kultur- und Denkmalpflege für Hessen, die die Identität unseres Landes bewahrt, das einmal das Herzland des alten Reiches war und dessen Reichtum an Kulturdenkmälern Zeugnis von dieser großen Geschichte gibt.

Deswegen kommt es jetzt mehr denn je auf uns an. Um Hessens willen kämpfen wir um jede Stimme. Wir haben keine zu verschenken. Wir müssen stärkste Kraft in Hessen werden, damit unser Land wieder Zukunft hat. Wir wollen und werden Hessen wieder nach vorn führen — mit einer neuen Regierung.

RCDS: Für eine grundwertebezogene Politik

Die diesjährige Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) vom 6. bis 8. März 1987 in Bonn wählte einen neuen Vorstand und verabschiedete ein neues Strategiepapier „Für eine grundwertebezogene Politik — Die ethischen Herausforderungen der Zukunft annehmen“. Dieser Beschluß beschreibt die Stellung des RCDS in Hochschule und Gesellschaft.

Der Anspruch des RCDS, der Studentenverband der politischen Mitte zu sein, als „progressive Alternative zur reaktionären Linken und Rechten“, wird darin unterstrichen. Es gehört zu den Grundüberzeugungen des RCDS, daß er allen Studenten, die sich zu Pluralismus, parlamentarischer Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Wissenschafterpluralismus und für die Verwirklichung der Menschenrechte überall bekennen, die Möglichkeit der Mitarbeit im Verband eröffnet.

In seinem politischen Rechenschaftsbericht würdigte der scheidende Bundesvorsitzende **Christoph Brand** den Bedeutungszuwachs des RCDS in den vergangenen zwei Jahren und forderte eine „Offensive für Bildung“ sowie eine „schöpferische Politik für die Belange der Studenten“. Er richtete scharfe Angriffe vor allem gegen Jungsozialisten, Grün-Alternative und Kommunisten und deren zwiespältiges Verhältnis zur Gewalt.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** hatte in einem schriftlichen Grußwort an die

Delegierten ein besonderes Wort des Dankes an den scheidenden Bundesvorstand gerichtet, „der unter Führung von Christoph Brand in den zurückliegenden zwei Jahren mit großer Umsicht und beispielhaftem Engagement die Arbeit des RCDS an den deutschen Hochschulen profiliert hat“.

Zu Beginn der Bundesdelegiertenversammlung hatte der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Bundesminister **Norbert Blüm**, zum Thema „Für eine grundwertebezogene Politik“ zu den aus über 90 Hochschulgruppen kommenden Delegierten gesprochen. Dabei beschrieb er vor allem die Position der CDU in der politischen Mitte zwischen Individualismus und Kollektivismus.

Zum neuen Bundesvorsitzenden des RCDS wählten die Delegierten den 23jährigen Heidelberger Volkswirtschaftsstudenten **Jürgen Hardt**. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden der Mainzer Politik-Student **Peter Darmstadt** (27) und der Jura-Student **Andreas Gogolka** (28) aus Hannover gewählt.

Zu den Schwerpunkten der Arbeit des RCDS in diesem Jahr gehören nach Angaben des neugewählten RCDS-Bundesvorsitzenden

- die Forderung nach erheblichen Verbesserungen beim BAföG und
- die verstärkte Auseinandersetzung sowohl mit dem kommunistischen MSB-Spartakus als vor allem auch mit den grün-alternativen Hochschulgruppen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Bundestagswahl 1987: So wählten die Länder

Stimmenanteile in %



	CDU	FDP	SPD	Grüne
Bayern	55,2 (CSU)	8,1	27,0	7,7
Baden-Württemberg	46,7	12,0	29,3	10,0
Rheinland-Pfalz	45,1	9,1	37,0	7,5
Schleswig-Holstein	42,0	9,4	39,8	8,0
Niedersachsen	41,5	8,8	41,4	7,5
Hessen	41,3	9,1	38,7	9,4
Saarland	41,2	6,9	43,5	7,1
Nordrhein-Westfalen	40,1	8,4	43,2	7,5
Hamburg	37,4	9,6	41,2	11,0
Bremen	28,9	8,8	46,5	14,5



6446

© Globus

UiD

9/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WA-Druck, Düsseldorf.